



VERORDNUNG

der Gemeinde Dalaas über die Regelung der Wassergebühren (Wassergebührenverordnung)

Auf Grund des § 15 Abs 3 Ziffer 4 des Finanzausgleichsgesetzes 2008, BGBl Nr 103/2007 idgF wird mit Beschluss der Gemeindevertretung vom 30.11.2011 verordnet:

1. Abschnitt

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Beiträge und Gebühren

Zur Deckung der Kosten für die Errichtung und den Betrieb der Gemeindewasserversorgungsanlage werden folgende Gebühren erhoben:

- a) Wasserversorgungsbeiträge,
- b) Wasserbezugsgebühren,
- c) Wasserzählergebühren.

2. Abschnitt

Wasserversorgungsbeiträge

§ 2

Allgemeines

- 1) Wasserversorgungsbeiträge sind der Wasseranschlussbeitrag und der Ergänzungsbeitrag.
- 2) Gebührenschuldner ist der Anschlussnehmer.
- 3) Miteigentümer schulden die Wasserversorgungsbeiträge zur ungeteilten Hand. Dies gilt nicht, soweit mit dem Miteigentumsanteil das dingliche Recht auf ausschließliche Nutzung und Verfügung über eine selbständige Wohnung oder sonstige selbständige Räumlichkeiten (Wohnungseigentum) verbunden ist.
- 4) Ist ein gemeinsamer Zustellungsbevollmächtigter oder ein gemeinsamer Verwalter bekannt gegeben worden, erfolgt die Zustellung von Schriftstücken an diesen.
- 5) Das Beitragsausmaß ergibt sich aus der Multiplikation der Bewertungseinheit mit dem Beitragsatz.

§ 3

Beitragssatz

Der Beitragssatz beträgt derzeit 33,10 Euro, wobei dieser entsprechend den auftretenden Veränderungen beim Baukostenindex anzupassen ist. Ausgangsbasis dafür ist der Monat der Kundmachung dieser Verordnung (Dezember 2011).

§ 4 Wasseranschlussbeitrag

- 1) Für den Anschluss von Gebäuden und sonstigen Bauwerken an die Gemeindewasserversorgung wird ein Wasseranschlussbeitrag erhoben.
- 2) Die Bewertungseinheit beträgt 27 v. H. der Geschossfläche von Gebäuden oder Grundflächen sonstiger Bauwerke.
- 3) Die Geschossfläche eines Gebäudes ist die Summe der Flächen der Geschosse, einschließlich der Außen- und Innenwände, gemessen 1,80 m über dem Fußboden; Geschossflächen von nicht allseits umschlossenen Räumen zählen nicht dazu.
- 4) Für den Anschluss von Stallgebäuden an die Gemeindewasserversorgung, soweit diese keine bewohnbaren Räume enthalten, ist der Wasseranschlussbeitrag auf 50 v. H. der Bewertungseinheit zu reduzieren.
- 5) Als Geschossfläche gelten auch die bewilligten Standplätze eines Campingplatzes, wobei je Standplatz eine Grundfläche von 50 m² zu berechnen ist. Die Bewertungseinheit beträgt 10 v. H. der so ermittelten Fläche.
- 6) Der Gebührenanspruch entsteht mit der schriftlichen Zustimmung oder der Rechtskraft des Anschlussbescheides gemäß § 5 des Wasserversorgungsgesetzes, frühestens jedoch mit dem tatsächlichen Anschluss des Gebäudes oder des sonstigen Bauwerks.

§ 5 Ergänzungsbeitrag

- 1) Wenn sich die Bewertungseinheit für die Bemessung des Wasseranschlussbeitrages ändert, wird ein Ergänzungsbeitrag zum Wasseranschlussbeitrag eingehoben.
- 2) Die Höhe des Ergänzungsbeitrages berechnet sich aus dem Unterschiedsbetrag zwischen dem neuen und dem bereits geleisteten Wasseranschlussbeitrag, wobei der geleistete Wasseranschlussbeitrag unter Anwendung des geltenden Beitragssatzes rechnerisch neu festzusetzen ist.
- 3) Die Gebührenschuld entsteht mit der Vollendung des Vorhabens.

§ 6 Wiederaufbau

Beim Wiederaufbau von abgebrochenen oder zerstörten Gebäuden, Betrieben oder Anlagen sind die geleisteten Wasserversorgungsbeiträge verhältnismäßig anzurechnen. Die Bestimmung des § 5 Abs. 2 gilt sinngemäß.

3. Abschnitt Wasserbezugsgebühren

§ 7 Bemessung

- 1) Für den Bezug von Wasser aus der Gemeindewasserversorgung werden Wasserbezugsgebühren erhoben.
- 2) a) Der Berechnung der Wasserbezugsgebühren ist - vorbehaltlich der Abs. 3 und 4 - die Wassermenge laut Wasseruhr zugrunde zu legen. Sind keine geeigneten Messgeräte zur Mes-

sung vorhanden, wird der Wasserverbrauch geschätzt. Die Wassermenge ist mit dem Gebührensatz zu vervielfachen. Wassermengen, die für die Brandbekämpfung verwendet werden, bleiben unberücksichtigt.

- b) bei Betrieben, Fremdenverkehrsunterkünften sowie Ferienhäuser und Ferienwohnungen ist die Installierung einer messtechnischen Einrichtung (Wasseruhr) verpflichtend.
- 3) Wird der Wasserverbrauch mangels geeigneter Messgeräte geschätzt, werden die Wasserbezugsgebühren wie folgt festgesetzt:
- a) bei Wohnungen wird ein jährlicher Wasserverbrauch mit pauschal 50 m³ pro Person bemessen, wobei die Personenstandsaufnahme zum 30.6. und 31.12. eines jeden Jahres Gültigkeit hat;
 - b) Für landwirtschaftliche Betriebe, welche laut amtlicher Viehzählung Großvieheinheiten halten, wird die Wasserbezugsgebühr unabhängig der Anzahl der Großvieheinheiten mit einer Pauschale von jährlich 50 m³ bemessen.
 - c) Für die auf Baustellen benötigte Wassermenge (Bauwasser) kann anstelle des tatsächlichen Verbrauches eine Bauwasserpauschale verrechnet werden. Die Gebührensätze für die Bauwasserpauschale werden mit gesonderter Verordnung festgesetzt.
- 4) Die nach Abs. 2 und 3 zu berechnenden Gebühren erhöhen sich jährlich für ein Wohnobjekt mit bis zu zwei Wohnungen um 87,00 Euro, für jede weitere Wohnung sowie für ein Stallgebäude um 43.50 Euro.
- 5) Der Abrechnungszeitraum ist der Zeitraum innerhalb zweier aufeinander folgender Ablesen des Wasserzählers. Der Abrechnungszeitraum hat mindestens 10 Monate und höchstens 14 Monate zu betragen.
- 6) Der Gebührenanspruch entsteht mit Beginn des Wasserbezuges, im Falle der Festsetzung gemäß Abs. 3 am 1. November des Jahres und wird in zwei Raten für den jeweiligen Abrechnungszeitraum eingehoben.

§ 8

Gebührensschuldner

- 1) Die Wasserbezugsgebühr ist vom Eigentümer des Gebäudes (des Betriebes oder der Anlage) zu entrichten.
- 2) Miteigentümer schulden die Wasserbezugsgebühren zur ungeteilten Hand. Dies gilt auch im Falle von Wohnungseigentum, ausser es besteht ein eigener Wasseranschluss. Ist ein gemeinsamer Zustellungsbevollmächtigter oder ein gemeinsamer Verwalter bekannt gegeben worden, erfolgt die Zustellung von Schriftstücken an diesen.
- 3) Ist das Gebäude (Betrieb, Anlage) vermietet, verpachtet oder sonst zum Gebrauch überlassen, so kann die Wasserbezugsgebühr dem Inhaber (Mieter, Pächter, Fruchtnießer und dgl.) vorgeschrieben werden. Der Eigentümer haftet persönlich für die Gebührensschuld.

§ 9

Abrechnung, Vorauszahlung

- 1) Die Wasserbezugsgebühr wird jeweils für den Ablesezeitraum, der ein Kalenderjahr nicht übersteigen darf, abgerechnet. Fällt die Gebührenpflicht im Laufe des Ablesezeitraumes weg, so kann die Wasserbezugsgebühr sofort festgesetzt werden. Der Wasserverbrauch wird, sofern nicht die Bestimmungen des § 7 Abs.3 anzuwenden sind, einmal jährlich durch das Ablesen des Wasserzählers festgelegt.

- 2) Auf die Wasserbezugsgebühren sind Vorauszahlungen entsprechend der zu erwartenden Jahreswasserbezugsmenge zu leisten. Sofern keine wesentlichen Änderungen zu erwarten sind, richtet sich die zu erwartende Jahreswasserbezugsmenge nach dem Wasserbezug des Vorjahres. Der Gebührenanspruch für die Vorauszahlungen in Höhe der Hälfte des zu erwartenden Jahresaufkommens und des Beitrages nach § 7 Abs. 4 entsteht jeweils am 1. April des Jahres.
- 3) Gemäß Abs. 2 entrichtete Vorauszahlungen sind auf die Gebührenschild anzurechnen.

§ 10 Gebührensatz

- 1) Der Gebührensatz beträgt 0,70 Euro pro m³.

4. Abschnitt Wasserzählergebühren

§ 11

- 1) Für den Ankauf, die Erneuerung und die Instandhaltung der Wasserzähler wird eine jährliche Bereitstellungsgebühr in Höhe von 12,20 Euro, zuzüglich der geltenden Mehrwertsteuer, erhoben.
- 2) Der Gebührenanspruch entsteht mit dem Einbau des Wasserzählers.
- 3) Die Bestimmungen des § 8 und des § 9 Abs. 2 dritter Satz gelten sinngemäß.

5. Abschnitt Sonstige Bestimmungen

§ 12 Übergangsbestimmungen

Ist nach den bisher geltenden Vorschriften ein Wasseranschlussbeitrag entrichtet worden, so ist der Ergänzungsbeitrag gemäß § 5 Abs. 1 wie folgt zu berechnen:
Für das gesamte Gebäude oder sonstige Bauwerke ist die Gebühr nach den Vorschriften der §§ 3 und 4 zu berechnen und die bisher geleisteten Wasseranschlussbeiträge, wertgesichert nach dem in Vorarlberg allgemein verwendeten Baukostenindex, abzuziehen.

§ 13 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 01.01.2012 in Kraft.

Die Verordnung vom 15.12.2010 tritt somit außer Kraft.

Der Bürgermeister:


Christian Gantner

Angeschlagen: 16.12.2011
Abzunehmen: 30.12.2011